



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND BERLIN - KREIS REINICKENDORF

KREISDELEGIERTENVERSAMMLUNG DER SPD REINICKENDORF AM 20.02.2019

Inhaltsverzeichnis	Seite
Bauen, Wohnen, Mieten	3
Bildung und Schule	4
Stadtentwicklung	5
Verkehr	6
a) Verlängerung der U8	6
b) weitere Schwerpunkte	7
Verwaltung	9

Alle Anträge bis 15.02.2019, 10 Uhr (Antragsschluss)
sind in dieser Übersicht berücksichtigt.

Bauen, Wohnen, Mieten

Antrag 01 Antragsstellerin Jusos Reinickendorf

1 Die KDV der SPD Reinickendorf möge beschließen:

2 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

3 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

4
5 Sozialbindung Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) festschreiben

6
7 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestags sowie die sozialdemokratischen
8 Mitglieder der Bundesregierung auf:

9
10 Änderungen der gesetzlichen Grundlage der BImA (BImAG) dahingehend herbeizuführen, dass
11 die BImA das Ziel verfolgt, eine einheitliche Verwaltung des Liegenschaftsvermögens des Bundes
12 nach sozialverträglichen und Grundsätzen vorzunehmen
13 Die gesetzliche Verpflichtung zum kaufmännischen Handeln (insbesondere in § 1 Abs. 16 1 BImAG)
14 vollständig abzuschaffen

15
16 Dementsprechende Ausnahmeregelungen in der Bundeshaushaltsordnung (BHO) vorzunehmen
17 Begründung:

18
19 Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) ist die zentrale Verwaltungsstelle für die
20 Verwaltung der bundeseigenen Immobilien. Hierbei stellt sie mit 36.000 Wohnungen nach
21 eigenen Angaben eine der größten Immobilieneigentümerinnen Deutschlands dar. Entsprechend
22 müsste sie als bundeseigenes Unternehmen den Grundsätzen sozial verträglichen, staatlichen
23 Handelns gerecht werden und gerade in Zeiten angespannter Wohnraumverhältnisse ein
24 Verantwortungsvolles und sozial verträgliches Handeln an den Tag legen. Dies ist zurzeit nicht
25 der Fall.

26
27 Die BImA ist zurzeit gesetzlich zu einem kaufmännischen Handeln verpflichtet. Sie erfüllt diesen
28 Anspruch durch eine rein gewinnorientierte Vermietungspraxis. Hierbei werden Mieten an der
29 Grenze zum Wucher bei gleichzeitiger Minimierung der Instandhaltungskosten verlangt. Folge
30 sind horrenden Mieten für verfallende Wohnungen, die an der aktuellen
31 Vermögensentwicklung und Realbedarf vorbeigehen. Bekannt gewordenes Beispiel hierfür ist 1 z.
32 B. die Entwicklung der Miete in der Sundgauer Straße, Berlin-Zehlendorf. Hier wurden teilweise
33 Mieterhöhungen von über 100 Euro veranschlagt. Zugleich wurden Erhöhungen von weiteren 15%
34 in Jahren vor angekündigt. In anderen Teilen Deutschlands klagen Mieter*innen über Verstöße
35 gegen Brandschutzvorschriften sowie erheblichen Schimmelbefall, funktionsunfähige
36 Sanitäranlagen usw. Insgesamt sind die Immobilien teilweise in einen dem Sparkurs
37 entsprechenden erbärmlichen Zustand.

38
39 Durch diese ausschließlich auf Gewinnmaximierung ausgelegte Praxis verschärft gerade die BImA
40 als Verwaltungsorgan des Staates die aktuelle Wohnungsnot in vielen Regionen und stellt sich als
41 denkbar schlechte Vermieterin dar.

42
43 Diese Situation ist nicht weiter tragbar. Staat und Politik haben zu jedem Zeitpunkt eine
44 Fürsorgepflicht für die Bevölkerung als auch eine Vorbildfunktion für die Wirtschaft. Wenn selbst
45 der Staat Grundprinzipien einer sozialen Marktwirtschaft missachtet, bestehen auch für die freie
46 Wirtschaft, keine Anreize eine solche zu beachten. Gerade in Notzeiten sind die bundeseigenen
47 Mittel lediglich kostendeckend für die Gesellschaft zu verwenden und nicht zur maximalen
48 Aufstockung des Bundeshaushaltes zu gebrauchen.

49
50 Wir fordern daher zu jeder Zeit einen sozialen Umgang mit den bundeseigenen Immobilien. Die
51 Vereinbarungen im Koalitionsvertrag wonach Kommunen und Länder in beschleunigten
52 Verfahren, zu vergünstigten Preisen, Grundstücke für den sozialen Wohnungsbau veräußert
53 werden sollen, sind ein Schritt in die richtige Richtung. Zugleich fehlen jedoch Aussagen über die
54 BImA als Vermieterin. Auch in diesen Bereich ist zwingend eine Abkehr von der

55 Gewinnmaximierung erforderlich. Vielmehr muss die BI mA zu jedem Zeitpunkt sozial
56 verantwortungsvoll und unter Berücksichtigung des aktuellen Bedarfs und ihrer zur Verfügung
57 stehenden Mitteln handeln.

Empfehlung der Antragskommission erfolgt auf der KDV

Bildung und Schule Antrag 01 Antragsstellerin Abteilung 12/03 Frohnau

1 Die KDV Reinickendorf möge beschließen:
2 Der Landesparteitag möge beschließen:
3
4 **Berliner Schuldienst attraktiver für Fachkräfte und konkurrenzfähig zu anderen Bundesländern**
5 **machen**
6
7 Berlin muss seinen Sonderweg beenden und seine Lehrkräfte wieder verbeamten, um
8 konkurrenzfähig auf dem Arbeitsmarkt qualifizierter Lehrkräfte zu sein. Senat und
9 Abgeordnetenhaus-Fraktion werden aufgefordert, die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen
10 dafür rechtzeitig ab 2019 zu schaffen.
11
12 **Begründung**
13 Es herrscht Lehrkräftemangel. Nach einer Studie fehlen rund 35.000 Lehrkräfte bundesweit. Der
14 Anteil der Quereinsteiger*innen ist in Berlin so hoch wie in keinem anderen Bundesland. Einer der
15 Gründe dafür ist die fehlende Konkurrenzfähigkeit des Berliner Schuldienstes, weil alle anderen
16 Bundesländer die Lehrkräfte verbeamten, soweit die fachlichen und persönlichen
17 Voraussetzungen der Lehrkräfte es zulassen. Das führt zu einem Abwandern qualifizierter
18 Lehrkräfte bzw. zu einem Mangel an qualifizierten und ausgebildeten Bewerber*innen, wie der
19 mittlerweile extrem hohe Anteil von „Quereinsteiger*innen“ zeigt. Der Versuch, durch eine
20 Anhebung der Angestelltenvergütung, Fachkräfte nach Berlin zu holen, führt angesichts der
21 Konkurrenzsituation auf dem Lehrkräftemarkt nicht zu dem gewünschten Ergebnis. Sie führt zu
22 einer Erhöhung der Personalkosten, zu unterschiedlicher Bezahlung der Lehrkräfte in den Schulen
23 und letztlich dennoch dazu, dass viele qualifizierte ausgebildete Lehrkräfte lieber in die
24 verbeamtenden Länder gehen, besonders Hochschulabgänger*innen.

Empfehlung der Antragskommission erfolgt auf der KDV

1

Bildung und Schule Antrag 02

Antragsstellerin Abteilung 12/06 Lübars Waidmannslust Wittenau

- 1 Die KDV möge beschließen:
- 2 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 3 Der Bundesparteitag möge beschließen:
- 4
- 5 **Bildung für alle Menschen**

6 „Die SPD bekennt sich im Rahmen der aktuellen und mittelfristigen Politik zur besonderen
7 Bedeutung der Bildung für alle Menschen, also nicht nur für Junge in Schulen und Hochschulen,
8 sondern für alle weiteren Bildungsformen, auch für berufstätige und ältere Bürger, unabhängig
9 von deren Lebensstandard, Gesundheitszustand und Sprachvermögen. Bildung soll den
10 Menschen in die Lage versetzen, selbständig zu denken und sein Handeln danach ausrichten zu
11 können. Leitlinien dafür sind die Grundrechte unserer Verfassung. Diese Feststellung ist eine
12 herausragende Bemühung unserer Politik, die -ohne sie mit zu vielen Details zu befrachten- in
13 jeder Verlautbarung der Partearbeit als Kernanliegen von Gerechtigkeit und Solidarität erklärt
14 und gefordert werden muss, Motto etwa: „Bildung für jedermann zu jeder Zeit.“

Empfehlung der Antragskommission erfolgt auf der KDV

Stadtentwicklung

Antrag 01 Antragsstellerin Abteilung 12/03 Frohnau

- 1 Die KDV Reinickendorf möge beschließen:
- 2 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 3
- 4 **Ausrichtung eines Stadtentwicklungskongresses „Berlin 2030“ im Jahr 2020**
- 5
- 6 Begründung
- 7 Um den Gestaltungsanspruch der SPD Berlin zu untermauern, die Meinungsführerschaft in der
8 stadtpolitischen Debatte zu erhalten, Impulse für die politische Arbeit seitens der
9 Stadtgesellschaft, aber auch von überregionalen und internationalen Akteuren zu erhalten und
10 um neue Wege zu gehen, brauchen wir einen Stadtentwicklungskongress mit „Strahlwirkung“.
11 Ein solcher „Präsenzkongress“ muss natürlich heute die vorhandenen digitalen und virtuellen
12 Möglichkeiten der Partizipation und Präsentation anbieten bzw. nutzen. Solche Kongresse
13 müssen mindestens einmal in einer Legislaturperiode stattfinden.

Empfehlung der Antragskommission erfolgt auf der KDV

Verkehr

a) Verlängerung der U8

Antrag 01

Antragsstellerin 12/03 Abteilung Frohnau

1 Die KDV Reinickendorf möge beschließen:

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3

4 **Weiterbau der U-Bahn-Strecke U8**

5

6 Versprechen halten: Der Senat wird aufgefordert, den Weiterbau der U-Bahn-Strecke U8 ins
7 Märkische Viertel endlich auf Basis der vorliegenden Machbarkeitsstudie durchzuführen, um die
8 en Menschen ans U-Bahn-Netz anzuschließen!

9

10 Begründung

11 Berlin braucht alle Verkehrsträger. Zwar ist der Bau neuer Tramlinien richtig, aber U-Bahn-
12 Strecken, die bereits durch Vorleistungen und deshalb mit geringem Aufwand weitergebaut
13 werden können erhöhen zu einem günstigen Preis die Leistungsfähigkeit des Berliner ÖPNV.

Empfehlung der Antragskommission erfolgt auf der KDV

Verkehr

a) Verlängerung der U8

Antrag 02

Antragsstellerin 12/12 Reinickendorf-Mitte/West

1 Die KDV-Reinickendorf möge beschließen:

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3

4 **Verlängerung der U 8 mit weiterem U-Bahnhof im Norden des MV am Senftenberger Ring 5 planen!**

6

7 , dass der Senat aufgefordert wird, die Verlängerung der U 8 mit höchster Priorität zu verfolgen
8 und bereits das Planfeststellungsverfahren verbindlich vorzubereiten. Im Interesse der
9 Attraktivität für die Bürgerinnen und Bürger des Märkischen Viertels ist dabei eine Verbindung
10 mit einem Abzweig nach Norden mit der Endhaltestelle Senftenberger Ring zu planen.

11

12 Begründung

13 Die SPD Reinickendorf fordert seit vielen Jahren die Verlängerung der U 8 im Interesse der
14 Bürgerinnen und Bürger im Märkischen Viertel. Angesichts der aktuellen Haushaltslage muss die
15 Verlängerung der U 8 in das Märkische Viertel (MV) nun mit höchster Priorität verfolgt werden.
16 Daher sollte der Senat die notwendige Finanzierung sicherstellen und das
17 Planfeststellungsverfahren bzw. die dafür notwendigen Unterlagen bereits jetzt in Auftrag
18 geben, um unnötige weitere Zeitverzögerungen zu verhindern.

19 Bei der Planung ist gegenüber der bisher vielfach diskutierten kürzeren („Rumpf-“) Variante
20 zwischen der bisherigen U 8-Endhaltestelle Wittenau und dem Märkischen Zentrum am Südrand
21 des Märkischen Viertels eine Verbindung mit einem Abzweig nach Norden mit der Endhaltestelle

22 Senftenberger Ring vorzusehen. Damit würde das MV eine attraktivere Anbindung an den ÖPNV
23 erhalten.

Empfehlung der Antragskommission erfolgt auf der KDV

Verkehr

b) weitere Schwerpunkte

Antrag 01

Antragsstellerin Abteilung 12/03 Frohnau

1 Die KDV wolle beschließen:

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3

4 **Berlkönig in die Außenbezirke**

5

6 Der Senat wird aufgefordert, auf die BVG hinzuwirken, dass das Angebot „Berlkönig“ in die
7 Außenbezirke verlagert wird oder zusätzlich zum Innenstadtbereich auch dort angeboten wird.

8

9 Begründung

10 Das Angebot „Berlkönig“ (Sammeltaxi) der BVG besteht derzeit nur im Innenstadtbereich.

11 Dort sind aber selbst an Wochenenden und in der Nacht ausreichend ÖPNV-Angebote und vor
12 allem Taxen vorhanden. Ganz anders in den Außenbezirken, in denen wenige Taxen unterwegs
13 sind und der ÖPNV ab 22.00 Uhr stark ausgedünnt ist. Gerade in den Außenbezirken Berlins
14 müssen Angebote wie das des Berlkönig vorhanden sein, damit die Menschen gerade zu Zeiten
15 ausgedünnter ÖPNV-Verkehre ein gutes und günstiges Angebot an Alternativen haben. In der
16 Innenstadt sind auch ohne Berlkönig zu allen Zeiten ausreichend ausreichende
17 Transportmöglichkeiten vorhanden.

Empfehlung der Antragskommission erfolgt auf der KDV

Verkehr

b) weitere Schwerpunkte

Antrag 02

Antragsstellerin Abteilung 12/03 Frohnau

1 Die KDV der Reinickendorfer SPD möge beschließen:

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3

4 **Aufnahme eines 10 Minuten Taktes auf der S-Bahnlinie S1 zwischen Berlin-Frohnau und**
5 **Oranienburg**

6

7 Der Senat wird aufgefordert, schnellstmöglich einen verlässlichen, stabilen 10-Minuten-
8 Taktfahrplan auf der S-Bahnlinie S1 zwischen B-Frohnau und Oranienburg einzurichten und für
9 den baldigen Ausbau eines 2. Gleises zwischen Frohnau und Hohen Neuendorf zu sorgen.

10

11 Begründung

12 Für die Entwicklung der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg gilt das Modell des

13 „Siedlungssterns“, wonach die Expansion von Wohnen und Gewerbe sich entlang der

14 bestehenden Achsen in das Umland entwickeln soll. Im Norden Berlins bildet die Trasse der S-

15 Bahnlinie S1 zusammen mit der Bundesstraße B96 diese Achse in Richtung Oranienburg.

16 Die S-Bahnlinie S1 hat für den Verkehr der gesamten Stadt Berlin eine erhebliche Bedeutung, weil

17 sie von Norden durch das Zentrum bis in den Süden führt. Weil die Strecke zwischen B-Frohnau

18 und Hohen Neuendorf bis jetzt nur eingleisig ausgebaut ist, gilt für den nördlichen Abschnitt ein

19 20-Minutentakt, sodass die Züge im Berufsverkehr schon jetzt regelmäßig voll ausgelastet sind.

20 Viele Pendler werden so auf ihren PKW verwiesen, weswegen die auf den Straßen vom Umland

21 her ein- und aus-strömenden Verkehre eine erhebliche Belastung der Straßenanwohner und auch

22 des innerstädtischen Wirtschaftsverkehrs darstellen.

23

24 Um für die gesamte S1-Strecke einen verlässlichen, stabilen 10-Minuten-Taktverkehr auch für die

25 Zukunft zu ermöglichen, ist der Bau eines zweiten Gleises zwischen B-Frohnau und Hohen

26 Neuendorf dringend erforderlich.

27

28 Denn das Ziel muss sein, die Ströme des motorisierten Individual-Verkehrs nicht weiter wachsen

29 zu lassen, sondern die Menschen von einem attraktiven Bahnangebot zu überzeugen.

Empfehlung der Antragskommission erfolgt auf der KDV

Verwaltung

Antrag 01 Antragsstellerin Abteilung 12/03 Frohnau

1 Die KDV Reinickendorf möge beschließen:

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3

4 Die Berliner Verwaltung attraktiv machen für Fach- und Führungskräfte aus ganz Deutschland

5

6 Der Senat wird aufgefordert, die Rahmenbedingungen für Fach- und Führungskräfte bis zum
7 Ende der aktuellen Legislaturperiode durch

8

9 1. gezielte Ansprache von Fach- und Führungskräften,

10 2. eine weitere Verbesserung der Bezahlung der Beschäftigten,

11 3. Verbesserte Vereinbarkeit von persönlicher Lebenslage und Arbeit („Work-Life-Balance“)

12 4. eine Reform der Landesbesoldungsordnung mit einer höheren Ausbringung der
13 besoldungsrechtlichen Ämter

14

15 zu verbessern.

16

17 Begründung

18 Die Berliner Verwaltung mit ihren Rahmenbedingungen ist noch nicht attraktiv genug, um Fach-
19 und Führungskräfte aus ganz Deutschland anzuziehen. Dies ist aber notwendig, um den
20 Reformprozess in der Verwaltung zu beschleunigen und zum Erfolg zu bringen. Genau wie die
21 Unternehmen braucht die Berliner Verwaltung die Erfahrungen von Menschen, die von „außen“
22 kommen.

23 Da sowohl in der privaten Wirtschaft wie auch im öffentlichen Sektor außerhalb von Berlin
24 attraktivere Rahmenbedingungen vorhanden sind (Bezahlung, Zustand von Büros,
25 Gesundheitsmanagement usw.) muss die Berliner Verwaltung attraktiver werden, um diese Fach-
26 und Führungskräfte anzuziehen. „Die Mischung macht´s : Der Erfahrungsschatz von Menschen,
27 die nicht bereits seit Jahren in der Berliner Verwaltung tätig sind ist zusammen mit den
28 Erfahrungen der Berliner in der Verwaltung unerlässlich für den Reformprozess.

Empfehlung der Antragskommission erfolgt auf der KDV